IMT Nuremberg Archives

H – 2980

International Court of Justice

H2980 – 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date: 10 July 1948

I certify that Document Number 2380-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-396 in the Trial by the International Tribunal of Hermann GOERING, et al., which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

FRED NIEBERGALL
Chief, Document Control Branch

H2980 – 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 2380-PS No. USA - 396 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the OCCWC Evidence Library, Palace of Justice, Nuremberg.

Paul Joosten

Nuremberg, 15 July 1948

PAUL A. JOOSTEN
General Secretary
International Military
Tribunal

THÜRINGER
Sanatorien

entsprechen allen Anforderungen, die der Arzt für seine Rekonvaleszenten und Kranken stellen muß.
Sie bieten: Heilklima der mittleren Höhenlage. / Sorgsame Ernährung und Pflege. / Vollendete wohnliche Einrichtungen. / Sachgemäße Behandlung durch bekannte Fachärzte.
Vereinigung der Thüringer ärztlich geleiteten Heilanstalten und Kliniken E. V.

Prospekte durch die Anstalten.

Sanatorium Dr. Warda
BAD BLANKENBURG/Thür.
Sanatorium für Nervöse und Nervenkranke
Sanitätsrat Dr. Warda

Sanatorium Am Goldberg
Bad Blankenburg
(Thüringer Wald)
Telephon 394.
Leitender Arzt:
Dr. Keienburg
Facharzt für innere u. Nervenkrankheiten

San.-Rat Dr. Wiedeberg's Thür. Wald-Sanatorium
Schwarzeck
BAD BLANKENBURG
(Thüringer Wald)
für Nerven- u. innere Kranke / Diätkuren
Pauschalpreise
Vier Fachärzte

Sanatorium Bad
Liebenstein i. Thür.
DDr. Eichler-Seige. Klinisch geleitete Kuranstalt für innere, Stoffwechsel- u. Nervenkranke. — Alle modernen Heilbehelfe, Diätkuren, Psychotherapie, Luft- u. Schwimmbad. Natürliche Stahl-Kochsalzsprudelbäder im Hause.

Wald-Sanatorium
TANNENHOF
Friedrichroda i. Thür. Wald
Klinisch geleitete Heilanstalt für innere, Nerven- und Stoffwechselleiden, Spezialdiätkuranstalt, Pauschalkuren. Fernruf 121 Friedrichroda.
San.-Rat Dr. med. K. Bieling,
Facharzt für innere u. Nervenleiden

Nationalsozialistisches Jahrbuch 1935

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Reichsleitung der N.S.D.A.P.

von

Reichsleiter
Philipp Bouhler
Reichsgeschäftsführer der N.S.D.A.P.

Mit Beiträgen von
Dr. Buttmann, Gottfried Feder, Dr. Frick, Dr. Goebbels, Wilhelm Kube, F. Stöhr u. a.

9. Jahrgang

Zentralverlag der N.S.D.A.P. Frz. Eher Nachf., München-Berlin

H2980 – 0004

allem auf finanziellem und wirtschaftlichem Gebiet. Das Reich nahm Besitz von den großen Verkehrsanstalten der Eisenbahn und der Post, soweit sie noch den Ländern gehörten, um die Verpflichtungen der „Verträge" zu erfüllen. Dennoch wagte die Weimarer Verfassung nicht das große Werk der Reichsreform. Sie setzte vielmehr an die Stelle des Partikularismus der Fürsten, den der Parteien, die sie sich nicht nur im Reich gegeneinander, sondern auch in den Ländern gegen das Reich austoben ließ.

*

Der nationalsozialistischen Revolution von 1933 blieb es vorbehalten, zum ersten Male in der Geschichte der deutschen Nation, den Bau eines deutschen Einheitsstaates einzuleiten. Adolf Hitler hat von den ersten Tagen seines politischen Wirkens an, niemals darüber einen Zweifel gelassen, daß er es als die erste Aufgabe des Nationalsozialismus betrachtete, ein Deutsches Reich zu schaffen, in dem der Wille des Volkes in einer Richtung gelenkt und die ganze Kraft der Nation auch nach außen in die Wagschale gelegt werden könne. Es war die Hauptaufgabe des von mir geleiteten Reichsministerium des Innern, diesen Willen des Führers durchzusetzen und damit die Grundlagen zu einem deutschen Staat der Einheit und der Macht zu schaffen. Das Jahr 1933 brachte in dieser Richtung schon Erfolge, wie man sie bis dahin kaum für möglich hielt. Nachdem die Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 der Regierung Adolf Hitlers die Möglichkeit geschaffen hatte, sich gegenüber widerspenstigen Landesregierungen durch Einsetzung von Reichskommissaren durchzusetzen, und sie davon auf Grund des überwältigenden Volksbekenntnisses vom 5. März 1933 auch Gebrauch gemacht hatte, gab der Reichstag am 23. März 1933 der Reichsregierung die Vollmacht zur verfassungsändernden Gesetzgebung. Kraft dieser Vollmacht wurde dann das Reichsstatthaltergesetz erlassen, mit dem auf einen Schlag die jahrhundertealten Kämpfe zwischen Zentral- und Territorialgewalt ihr Ende fanden. Aber damit war die Entwicklung nicht beendet, sondern nur eine Übergangslösung gefunden.

Am Jahrestag der nationalsozialistischen Revolution, am 30. Januar 1934, beschloß der Deutsche Reichstag das „Gesetz über den Neubau des Reichs", das vom Reichsrat einmütig gebilligt noch am gleichen Tage vom Reichspräsidenten von Hindenburg vollzogen wurde.

Adolf Hitler hat dieses Gesetz „die Grundlage zur Fortsetzung der nationalsozialistischen Revolution" bezeichnet.

Es ist die Frucht der gewaltigen Willenskundgebung vom 12. November 1933. An diesem Tage haben 40½ Millionen Deutsche der Regierung Adolf Hitlers ihr Vertrauen ausgesprochen und die Zustimmung zur Fortführung der Politik im Geiste des Nationalsozialismus gegeben. Diese Volksabstimmung ist ein Bekenntnis ohne Beispiel in der Geschichte. Über alle innerpolitischen Grenzen und Gegensätze hinweg, haben Volksabstimmung und Reichstagswahl gezeigt, daß das deutsche Volk zu einer unlöslichen, inneren Einheit verschmolzen ist. Und der von diesem unerhörten Vertrauen des Volkes getragene Reichstag hat die Einheit des Volkes damit gelohnt, daß er die Voraussetzung zur Einheit des Reiches schuf.

Ein vielhundertjähriger Traum der Deutschen ist damit zur Wirklichkeit geworden und eine tausendjährige Entwicklung hat ihren sinnvollen Abschluß durch die nationalsozialistische Staatsführung gefunden.

Der Initiativ-Antrag betreffend das „Gesetz über den Neuaufbau des Reichs", der die Unterschriften des Führers, des Reichsinnenministers, sämtlicher übrigen Reichsminister, der Reichsstatthalter und der Ministerpräsidenten, soweit sie dem Reichstage angehören, trägt, erklärt in kurzen Sätzen:

Die Volksvertretungen der Länder werden aufgehoben,
Die Hoheitsrechte der Länder gehen auf das Reich über,
Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung,
Die Reichsstatthalter unterstehen der Dienstaufsicht der Reichsminister des Innern und
Die Reichsregierung kann neues Verfassungsrecht setzen.

Mit diesem Grundgesetz sind alle Voraussetzungen dafür geschaffen worden, daß der deutsche Aufbau in den kommenden Jahren vollendet wird.

Das Verhältnis zwischen Reich und Länder ist auf eine völlig neue, in der Geschichte des deutschen Volkes noch niemals dagewesene Grundlage gestellt. Es gibt der Reichsregierung die unbeschränkte Macht, ja es verpflichtet sie sogar, eine völlig einheitliche Führung und Verwaltung des Reiches aufzubauen. Es gibt von nun an nur noch eine Staatsgewalt:

H2980 – 0005

die des Reiches! Damit ist das Deutsche Reich zum Einheitsstaat geworden und die gesamte Verwaltung erfolgt in den Ländern nur noch im Auftrage und im Namen des Reiches. Die Landesgrenzen sind nur noch verwaltungstechnische Gebietsgrenzen, aber keine Hoheitsgrenzen mehr!

In ruhiger Entschlossenheit verwirklicht die Reichsregierung, Schritt für Schritt, getragen vom Vertrauen des gesamten deutschen Volkes, die große Sehnsucht der Nation: Die Schaffung des nationalsozialistischen deutschen Einheitsstates.

Kunst und Künstler im nationalsozialistischen Staat

Von Dr. Joseph Goebbels.

Jede Revolution, die vor der Geschichte Bestand hat, ist ein geistiger Akt. Die Bewegungen auf dem Felde der Machtpolitik, die dadurch ausgelöst werden, sind die sichtbaren Ausdrucksformen dieses Prozesses. Hinter jeder Revolution steht eine Idee, und es ist ihr Sinn, daß diese Idee auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Daseins zum Durchbruch kommt. Revolutionen, die sich lediglich im Machtpolitischen erschöpfen, sind meistens nur von kurzer Dauer. Sie bringen zwar neue Männer an die Verantwortung, aber mit diesen Männern werden keine neuen Ideen in Form gebracht. Erst eine Machtpolitik, die sich als Mittel zum Zweck empfindet und ihren eigentlichen Selbstzweck darin sieht, die hinter ihr stehende Ideenwelt, die sie zum Antrieb brachte, aus der Welt der Theorien in die Welt der Realitäten zu versetzen, gibt der Revolution eine über die Zeit hinauswirkende Bedeutsamkeit.

Es ist das Wesen der Revolution, neue Beziehungen zwischen den Menschen und Dingen zu schaffen. Sie ergeht sich nicht in ideologischen Beweisführungen, sie erhärtet sich vielmehr durch Tatsachen. Im Ergebnis führt sie eine neue Haltung herauf, die die Menschen zur Welt und zum Leben einnehmen.

Diese neue Haltung zwingt alles in ihren Bannkreis, und nichts bleibt davon unberührt. Total bestimmt und aufs Ganze gehend, hebt sie die Völker aus den bisher gegebenen Bindungen und stellt sie in neue innere und äußere Verpflichtungen hinein.

Unter diesem Gesichtswinkel gesehen, ist die Revolution eine geistige Auseinandersetzung, die an der Kunst und an der die Kunst nicht teilnahmslos vorbeigehen kann. Die neue Haltung, die in ihr zum Durchbruch kommt, bezieht sich logischerweise auch auf die Bezirke des Kulturellen und Künstlerischen. Eine Umwälzung von der dynamischen Gewalt etwa der deutschen Revolution macht deshalb vor den Toren der Theater nicht halt, ihr Rhythmus klingt unüberhörbar auch in die geheiligten Tempel der Muse hinein.

Das bedeutet nicht, daß die Träger dieser Revolution die Absicht hätten, die Kunst und den Künstler unter ihre parteimäßige Bevormundung zu stellen. Sie wissen zu gut, daß sie damit beiden Zwangsgesetze aufzwingen würden, die sehr bald den schöpferischen Genius ersticken und das organische Wachstum künstlerischen Schaffens zum Erliegen bringen müßten. Es ist vielmehr so, daß die Revolution nicht nur das politische Recht, sondern auch die geistige Pflicht hat, die Kunst und den Künstler in die richtige Winkelstellung sich selbst und dem Volk gegenüber zu bringen. Von hier ab haben beide volle Betätigungs- und Entfaltungsmöglichkeiten. Denn die Gesetze, nach denen sie schaffen, sind ewig und können durch keine machtpolitische Umwälzung geändert werden. Wandelbar sind die Stoffe, deren sie sich bemächtigen, ist Gesinnung und Haltung, die sie den Stoffen unterlegen, ist der Charakter, mit dem sie den Stoffen ewiges Leben einhauchen.

Das ist auch das Moment, das uns bewegte in unserem Bestreben, die Kunst und den Künstler in ein lebendigeres Verhältnis zu Staat und Volk zu bringen, als das im liberalen Zeitalter eines überspitzten Individualismus überhaupt möglich war. Denn dieser Individualismus sah weder in der Kunst eine unabdingbare geistige Funktion von Staat und Volk, noch im Künstler den unentbehrlichen Träger dieser Funktion. Die Kunst war ihm nur Zeitvertreib oder bestenfalls interessantes Experiment, der Künstler selbst aber nur ein asoziales Lebewesen, auf das man, solange man diese Art von Kunst nicht entbehren wollte, füglich auch nicht verzichten konnte.

Die nationalsozialistische Revolution hat auch diese, am Wesen vom wahren Künstlertum vorbeigreifenden Wertungen mit einem radikalen Federstrich beseitigt. Wie sie auf allen anderen Lebensgebieten der eigentlichen Deutschheit, die uns bis dahin in den ihr innewohnenden ungeheuren Kraft-

H2980 – 0006

lauf in den Versammlungen im Lande und damit den weitesten Aktionsradius für ihr Wirken hatten, wenn die Stimmung durch geeignete Aktionen im „Hohen Hause" entsprechend vorbereitet war. Man braucht nur an unseren Kampf gegen Dawes und Young, gegen das Republik-Schutzgesetz, für die mißhandelnden Rechte der Saarrentner, an die von heißer Leidenschaft diktierte Abwehr des frechen Versuches, unsere Opposition mundtot zu machen, und an den vorübergehenden Auszug aus dem Reichstag zu erinnern, der sich anschloß, um wieder völlig im Bilde zu sein.

Die als Mandatare durch die Bank jungen Vorkämpfer unserer Reichstagsfraktion erwiesen sich in diesem hartnäckigen und zähen Ringen den mit allen Salben geschmierten alten Routiniers des Zentrums und der Sozialdemokratie vollkommen gewachsen, ja meistens sogar turmhoch überlegen. Dabei erlag nicht ein einziger unserer Leute den Versuchungen, die gerade an die im Parlament tätigen Politiker in mannigfachster Form heranzutreten pflegten. Keiner von ihnen unterließ es vielmehr, wo immer sich die Gelegenheit dazu bot, den Vertretern des alten Systems den ganzen Hohn und die volle Verachtung, die wir ihren stumpf gewordenen Regierungspraktiken gegenüber empfanden, in die vor Wut geröteten oder vor aufkeimender Sorge und Hilflosigkeit bleichen Gesichter zu schleudern. Ich erinnere mich noch gelegentlich mit einigem Vergnügen der Szene, die es hervorrief, als ich den Weimaranern eines Tages bei der Beratung einer ihrer „schöpferischen" Finanzmaßnahmen am Schluß einer auf unbarmherzige Kritik eingestellten Rede aufmunternd zurief: „Machen Sie doch Ihren Laden zu! Sie sind ja pleite, meine Herren, pleite mit Ihrer Regierung, mit Ihrer Republik, mit Ihrem ganzen System!" Oder der maßlosen Verblüffung, die entstand, als sich kurz vor der entscheidenden Abstimmung über die Young-Gesetze auf den Bänken der Ländervertreter unser Parteigenosse Dr. Frick, als neugebackener thüringischer Innenminister, erhob, um flammenden Protest einzulegen gegen die beabsichtigte schmachvolle Unterwerfung unter das Diktat des internationalen Raubkapitals, verbunden mit dem Appell an das deutsche Volk, mit den Nationalsozialisten unter ihrem großen Führer Adolf Hitler gemeinsam zu kämpfen für ein neues, besseres, freies Deutschland.

Gewiß, es waren inmitten schwerer Kämpfe manchmal auch heitere Bilder zu verzeichnen, die sich unauslöschlich der Erinnerung einprägten und die mitunter drückende Last der Arbeit im Wallotbau minder schwer empfinden ließen. So, wenn etwa ein Lobredner der Sowjets das Inventar der parlamentarischen Redeblüten um einige besonders wertvolle Exemplare bereicherte, oder wenn ein Kanzler der schwarz-rot-goldenen Mehrheit verblüfft und ratlos vor dem ihn beherzt attackierenden Häuflein unserer Abgeordneten stand und in köstlicher Naivität ausrief: „Ja, was wollen Sie denn eigentlich, meine Herren, irgendwie muß Deutschland doch regiert werden!" In meinem Leben werde ich auch das jubelnde Geheul nicht vergessen, in das unsere Fraktion ausbrach, als ein demokratischer Innenminister es sich in gekränktem Tone verbat, daß wir seine „derzeitige republikanische Gesinnung" in Zweifel zogen und die eigenartigen Grimassen, die seine Parteifreunde von der Linken zu dieser Offenherzigkeit schnitten. Ja, es waren, wie gesagt, manchmal auch lustige Dinge, die wir erlebten, und trotzdem haben wir alle den Tag herbeigesehnt, wo unser Führer die Macht haben würde, mit dem Parlamentarismus aufzuräumen. Tatsächlich ist gleich nach der historischen Reichstagswahl vom 5. März 1933 damit angefangen worden, und im Spätsommer des gleichen Jahres war es bereits so weit, daß der Verfasser des vorliegenden Aufsatzes in der Abhandlung, die er für das Jahrbuch 1934 schrieb, der Überzeugung Ausdruck geben konnte, daß es wohl notwendig werden würde, für spätere Artikel an dieser Stelle neue Überschriften zu suchen.

Von einer Tätigkeit der Nationalsozialisten im Reichstag kann seit der Neuwahl vom 12. Nov. 1933 faktisch keine Rede mehr sein. Der Führer und Volkskanzler hat diese letzte überwältigende Demonstration des Volkswillens mit einer außenpolitischen Maßnahme verknüpft, die, sozusagen, bereits überfällig war, nämlich mit dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, der nach wie vor nichts anderes sein will, als ein willfähriges Organ der „Siegermächte", vornehmlich Frankreichs und seiner Vasallen, und sich weigert, den übernommenen Abrüstungsverpflichtungen auf der Grundlage absoluter Gleichberechtigung für Deutschland nachzukommen. Um den an der Fortdauer der heutigen Zustände interessierten Völkerbundsstaaten die Möglichkeit zu

H2980 – 0007

nehmen, zu behaupten, das Kabinett Hitler handle nicht in Übereinstimmung mit der Mehrheit des deutschen Volkes, löste der Reichspräsident den Reichstag auf und zugleich mit der Vornahme der Neuwahlen erfolgte eine besondere Befragung der Wählerschaft darüber, ob sie die außenpolitische Haltung der Regierung billige oder nicht. Rund 42 Millionen Wähler und Wählerinnen oder 95 Prozent der Gesamtheit machten die Haltung der Regierung zur ihrigen und nahezu 40 Millionen oder 90 Prozent der Wählerschaft stimmten für die Vorschlagsliste der N.S.D.A.P. 661 Abgeordnete, die durchweg Mitglieder oder Gäste der nationalsozialistischen Fraktion sind, hielten ihren Einzug in den Reichstag. Es gab allerdings nur die Vorschlagsliste der N.S.D.A.P. Die alten Parteien haben sich samt und sonders vorher aufgelöst, und die Bildung neuer Parteien ist vom Gesetz untersagt. Es blieb aber völlig in das Belieben jedes Wähler und jeder Wählerin gestellt, ob man ein Bekenntnis für oder gegen die Schöpferin des neuen Staates, die N.S.D.A.P., die niemals Partei im üblen Sinne des Wortes gewesen ist, ablegen wollte oder nicht. Die Bestimmungen des Wahlgesetzes selbst waren in keiner Form geändert. Nach wie vor vollzog sich der Wahlakt frei und ungehindert und für die Geheimhaltung der Abstimmung waren alle nur denkbaren Sicherungen getroffen. Abgesehen von einigen, von vornherein zur Erfolglosigkeit verurteilten Versuchen, die da und dort zu verzeichnen waren, um die Form der Abstimmung zu bemängeln, haben selbst die Feinde des nationalsozialistischen Staates im In- und Auslande anerkennen müssen, daß das überwältigende Bekenntnis zu Hitler vom 12. November 1933 als legaler und unbezweifelbarer Willensakt des deutschen Volkes anzuerkennen sei.

Nachdem der Reichstag sich in einer kurzen Sitzung am 12. Dezember 1933 konstituiert hatte, trat er am 30. Januar 1934, dem Jahrestage der nationalsozialistischen Machtübernahme, zusammen, um mit der Beseitigung der Länderhoheit und einem die uneingeschränkte Macht der Regierung Hitler stabilisierenden Ermächtigungsgesetz die Grundlage des einigen Reiches der Deutschen zu schaffen, und dem Kanzler Gelegenheit zu geben, Rückblick und Ausschau zu halten. Insbesondere die Stellung des Reiches zu Genf und den dort schwe-

H2980 – 0008

H2980-0008A

2380-PS
USA-396

H2980 - 0009

PARTIAL TRANSLATION OF DOCUMENT 2360-PS
OFFICE OF U S CHIEF OF COUNSEL

National Socialist Year Book 1935

published with the co-operation of the Reichsleitung
of the N.S.D.A.P.
by
Reichsleiter
PHILIPP BOUHLER
Reich business manager of the N. S. D. A. P.

NATIONAL SOCIALISTISCHES JAHRBUCH 1935

herausgegeben unter Mitwirkung der Reichsleitung
der N.S.D.A.P.
von
Reichsleiter
PHILIPP BOUHLER
Reichsgeschaeftsfuehrer der N.S.D.A.P.

Central Publishing House fo the NSDAP, Franz Eher Succ.
MUNICH - BERLIN

Zentralverlag der NSDAP Franz EHER Nachf.,
MUENCHEN - BERLIN.

(Page 212)

It was reserved for the nationalsocialist revolution of 1933, for the first time in German history to introduce the construction of a unified German state. Adolf Hitler never left any doubt from the first days of his political activity that he considers the first mission of Nationalsocialism to create a German Reich in which the will of the people can be directed in to one direction, and in which the entire strength of the people can be put into the scales even toward the outside.

(Page 213 - 214)

The relationship between the Reich and the states has been put on an entirely new basis, never known in the history of the German people. It gives to the Reich cabinet (REICHSREGIERUNG) unlimited power, it even makes it its duty, to build a completely unified leadership and administration of the Reich. From now on, there is only one national authority: The one of the Reich! Thus, the German Reich has become a unified state, and the entire administration in the states in only carried out by order or in the name of the Reich. The state borders are now only administration, technical are boundaries but no longer boundaries of sovereignty!

In calm determination, the Reich cabinet (REICHSREGIERUNG) realizes step by step, supported by the confidence of the entire German people, the great longing of the Nation. The creation of the nationalsocialist German, unified state.

(Page 223 - 224)

Actually one cannot speak of an activity of the nationalsocialists in the Reichstag since the new election of 12 Nov 1933. The Fuehrer and people's Chancellor has coupled this last, overwhelming demonstration of popular will with a foreign-political measure, which, so to say, was long overdue, namely the withdrawal of Germany from the League of Nations, which absolutely does not want to be anything else than a willing organ of the "victor nations", mainly France and her vassals, and who refuses, to honor the accepted disarmament obligation on the basis of absolute equality for Germany.

H2980 - 0010

PARTIAL TRANSLATION OF DOCUMENT 2380-PS
Cont'd

To take away the possibility from the member nation of the league, interested in the continuation of existing conditions, to say, that Hitler's cabinet did not act with the agreement of the majority of the German people, the REICHSPRASIDENT dissolves the Reichstag and with the new election, the electorate was espedially asked, whether it agreed to the foreign political positions of the government or not . Some 42 million voters or 95% of the entidy made the government's position their own, and almost 40 millions or 90% the electorate voted for the list of nominees of the N.S.D.A.P. 661 delegates, who all are members or guests of the nationalsocialist faction, entered the Reichstag. However, there were no other lists of nominees than the one of the N.S.D.A.P.

CERTIFICATE OF TRANSLATION
OF DOCUMENT NO. 2380-PS

11. November 1945

I, WILLIARD EVANS SKIDMORE, Lt. (jg) USNR, 391590, hereby certify that I am thoroughly conversant with the English and the German languages; and that the above is a true and correct translation of Document no. 2380-PS.

WILLARD EVANS SKIDMORE
Lt. (jg) USNR
391590

H-2980

USA-396

(2380-PS)

Filed Dec. 18, 1945

USA 396 (2380-PS)

H2980-0011

USA 396 (2380-PS)
2C

Found in
Section 2C

Nat. Soc. Year Book

H2980-0012